



Rede zum
1. MAI 2023
„Ungebrochen solidarisch“

Ralf Kutzner,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Siegburg, 1. Mai 2023

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist weltweit unser Feiertag. Ein Tag zum Gedenken, an all die tapferen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich überall unter schwierigsten Bedingungen für Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen, aber auch ein Tag, an dem wir solidarisch und stark in die Zukunft schauen. Und diese Stärke brauchen wir, um Zukunft zu gestalten.

Und dabei geht es um unsere Zukunft. Und die gestalten wir: **Ungebrochen und solidarisch!**

Der Krieg hat unsere zu große Abhängigkeit von russischen Rohstoffen offengelegt. Das Ende der Gaslieferungen und explodierende Energiepreise treffen uns mit voller Wucht.

Die Inflation ist so hoch, dass Tarifverhandlungen allein sie nicht mildern können. Aber wir haben die Folgen der Energiepreiskrise für die Beschäftigten abgedeckt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch in vielen Haushaltskassen wird es zum Monatsende kritisch. Und das zeigt, kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse sind das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten. Wir brauchen eine Stabilisierung der Reallöhne. Deshalb sind die Forderungen in den jüngsten Tarifeinsetzungen bei der Deutschen Post, der Bahn, im öffentlichen Dienst, im Metallhandwerk oder auch den bereits erreichten Tarifabschlüssen (wie in der Metall- und Elektroindustrie) gerechtfertigt und volkswirtschaftlich richtig. Durch die Inflation sinken die Reallöhne. Lassen wir also nicht zu, dass das Märchen der Arbeitgeberverbände von der Lohn-Preis-Spirale in der Öffentlichkeit verfängt!

Wir haben erreicht, dass der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht wurde. Das hat mehr als sechs Millionen Menschen im Land genutzt, die wir damit deutlich besserstellen konnten. Deshalb werden wir uns in der Mindestlohnkommission dafür einsetzen, dass

sie im Juni einen nächsten Erhöhungsschritt vorschlägt, der für einen kräftigen Ausgleich sorgt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir sagen: Finger weg vom Streikrecht!

Denn wer das Streikrecht antasten will, gefährdet den sozialen Frieden. Das Streikrecht ist in der Ausgestaltung des Sozialstaates und der Demokratie von zentraler Bedeutung. Es ist ein Grundpfeiler sozialer Demokratie!

Und es kann nicht oft genug gesagt werden: Es ist das fundamentale Recht, der Arbeitnehmer*Innen ihre Interessen wirkungsvoll vertreten zu können.

Tarifverträge auf Augenhöhe setzen den Arbeitskampf voraus. Und so ist das Streikrecht eine unerlässliche Institution der Tarifautonomie. **„Tarifautonomie ohne Streikrecht ist nichts Anderes als kollektives Betteln“**, so hat es einmal das Bundesarbeitsgericht sehr treffend formuliert.

Wird in Deutschland von Seiten der Arbeitgeber*Innen immer wieder der Ruf laut, das Streikrecht müsse reformiert und eingeschränkt werden, kann es nur eine Antwort draufgeben:

Eine Einschränkung des Streikrechts ist mit dem Freiheitsrecht des Grundgesetzes nicht vereinbar. Streiken ist unser Recht! Und wir nutzen es!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer wieder heißt es, die aktuellen Streiks und Lohnforderungen der Gewerkschaften seien überzogen und die Gewerkschaften sollten zurückhaltend sein.

Wir sagen: Im Gegenteil – in diesen Zeiten von Krisen braucht es starke Tarifergebnisse. Die derzeitigen Entgeltforderungen und Abschlüsse der Gewerkschaften sind alles andere als unangemessen. In der Phase der hohen Inflation dürfen unsere Beschäftigten nicht hinten runterfallen.

Im Kern geht es in den Tarifrunden auch um mehr Personal. Allein im Öffentlichen Dienst fehlen hunderttausende Stellen oder sind unbesetzt. **Fakt ist:** Personal kann man am besten mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen gewinnen. Die Arbeitgeber*Innen können nicht auf der einen Seite den Personalnotstand beklagen und auf der anderen Seite den Beschäftigten gute Löhne vorenthalten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Europäische Union hat im Herbst eine Richtlinie für Mindestlöhne erlassen. Wenn die Tarifbindung unter 80 % rutscht, soll ein Mitgliedsstaat einen Aktionsplan aufstellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. In Deutschland arbeiten nur noch

52 % der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Das ist eindeutig zu gering – und weit unter der Zielmarke der Europäischen Union. Wir brauchen dringend einen solchen **Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir zeigen klare Kante gegen Nationalismus, Rassismus, gezielte Desinformation und Verschwörungserzählungen, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen. Das gilt auch am Arbeitsplatz. Gemeinsam mit zahllosen zivilgesellschaftlichen Projekten und Organisationen machen wir Gewerkschaften uns stark für die **Demokratie** und gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Dieser Einsatz ist zentral für eine starke Demokratie.

Rechtes Gedankengut ist mit den Werten der Gewerkschaftsbewegung unvereinbar.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ende Februar diesen Jahres schallte es aus dem Haus der Wirtschaft: „**Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit**“. Was die Arbeitgeberverbände damit meinen, ist klar: Sie

wollen, dass wir mehr arbeiten. Sie wollen, dass wir länger arbeiten. Am Tag, am Abend, am liebsten rund um die Uhr, bis ins hohe Alter und unbegrenzt.

Wir zeigen hier klare Kante: **Ja, wir haben Bock auf Arbeit** – aber wir haben Bock auf **gute** Arbeit. Wir wollen **Arbeitszeiten**, die zum Leben passen.

Wir haben auch Bock auf Arbeitszeiten, die wir uns freier einteilen können: Nicht 24/7 und ohne Chefs, die uns im Nacken sitzen.

Wir wollen partnerschaftliche Arbeitszeiten – denn Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur Frauensache.

Und wir wollen auch nach der Arbeit fit sein für das Leben, das da wartet: **Familie, Freunde, Sportverein, Kultur oder Politik.**

Und ja, wir haben auch Bock auf eine 4 Tage Woche, wenn sie mit Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich einhergeht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir finden uns auch nicht damit ab, dass so viele Kolleg*Innen – von der Arbeit ausgebrannt – mitten im Leben aufgeben müssen. Das heißt dann „Erwerbsminderungsrente“ und bedeutet Armut – im Schnitt mit 52 Jahren. Nein, darauf haben wir tatsächlich keinen Bock mehr.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

viele Unternehmen rufen gerade nach staatlicher Förderung, nach Subventionen. So kriegen sie zum Beispiel Energiepreisbremsen und andere Zuwendungen.

Dabei muss klar sein: **Unternehmen dürfen nicht einfach vom Staat Geld geschenkt bekommen.** Wenn wir als Gesellschaft ein Unternehmen subventionieren, dann können wir im Gegenzug erwarten, dass dieses Unternehmen seiner sozialen Verantwortung gerecht wird. Ein Unternehmen, das staatlich unterstützt wird, muss sich also verpflichten, seine Standorte hier zu erhalten, Arbeitsplätze zu garantieren und gute

Arbeitsbedingungen zu sichern. **Das ist und bleibt unser oberstes Ziel!** Wir fordern klare Bedingungen und Vorgaben für diese Standortvereinbarungen, die Unternehmen mit uns eingehen. Unsere Devise ist klar: Unternehmen sollen die Vorteile des Standorts Deutschland und staatliche Hilfe nur dann in Anspruch nehmen können, wenn sie sich verbindlich zur Standorttreue verpflichten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

gute Arbeitsbedingungen sichern Fachkräfte. Nur ein Beispiel: 300.000 Pflegekräfte könnten sich vorstellen, in ihren Beruf zurückzukehren – wenn sich endlich die Bedingungen deutlich verbessern. Und wenn manche glauben: Dann holt man eben Pflegekräfte aus dem Ausland, die werden die miesen Bedingungen schon schlucken. Dann ist das erstens eine Schweinerei gegenüber den neuen Kolleg*Innen und zweitens völlig illusorisch. Sie werden sich schlechte Löhne und Stress nicht auf Dauer gefallen lassen. Deshalb lautet unsere klare Ansage in Richtung Arbeitgeber*Innen: **Rauf mit den Löhnen! Gute Tarifverträge abschließen! Gute Arbeitsbedingungen schaffen! Dann klappt es auch mit den Fachkräften aus dem In- und Ausland!**

Das gilt auch für das Handwerk. Hier fehlen mittlerweile über 250.000 Fachkräfte in den sanierungsrelevanten Handwerken. 2/3 aller ausgebildeten Fachkräfte verlassen das Handwerk. Das Handwerk ist stolz Ausbilder der Nation zu sein, aber ist immer weniger Ausbilder für das Handwerk. Wenn nur noch 30% aller Handwerker*Innen in Betrieben mit Tarifverträgen arbeiten, dann ist das ein Grund warum so viele Beschäftigte davonlaufen.

In allen Branchen hinterlässt die fehlende Taftbindung beschäftigungspolitische Verwüstung. Wenn die Arbeitgeber das nicht endlich erkennen, dann sind sie nur noch Teil des Problems und nicht mehr Teil einer Lösung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Ruf nach Fachkräften wirft auch ein Schlaglicht auf den Ausbildungsmarkt. Von dem Tiefstand bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in der Pandemie, haben wir uns nicht wieder erholt. Jedes Jahr verlieren wir junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf. Letztes Jahr sind wieder 230.000 Menschen in einem „Übergangsbereich“ gelandet, der ihnen keinen Berufsabschluss bietet. Die Zahl junger Menschen, ohne Berufsabschluss steigt seit Jahren unaufhörlich. Jetzt rächt sich, dass es die Unternehmen in den vergangenen Jahren versäumt haben, ausreichend junge Menschen auszubilden. Wenn euch Arbeitgeber*Innen vor Ort erzählen wollen, dass sie keine jungen Menschen mehr finden, dann ist das zu einfach.

Ohne eine garantierte Ausbildung für junge Menschen wird es nicht gehen. Deshalb fordern wir eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie! **Heißt: Wer nicht ausbildet, sollte sich zumindest an den Kosten beteiligen!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wer die Krisenlasten bisher gezahlt hat, waren die Beschäftigten, deren Lohnforderungen mit dem Mythos der Lohn-Preis-Spirale klein gehalten werden sollen. Dabei sind es gerade kleine und mittlere Einkommen, die die Inflation am härtesten trifft, während nicht wenige Konzerne riesige Gewinne einfahren und fleißig Dividenden ausschütten konnten. Das macht die Reichsten noch reicher!

Das Vermögen in Deutschland ist extrem ungleich verteilt! Die vermögendsten zehn Prozent besitzen über 60 Prozent des Gesamtvermögens, das reichste Prozent über 30 Prozent. Auf die untere Bevölkerungshälfte entfallen gerade einmal zwei Prozent. 800.000 Menschen in Deutschland leben allein von ihrem Vermögen, während die ärmsten 10 Prozent mit Schulden dastehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Beschäftigten brauchen im Alter oder bei Erwerbsminderung eine auskömmliche und verlässliche Rente. Das haben sich alle Beschäftigten verdient. **Nach einem langen Arbeitsleben muss die Rente reichen.** Auch wenn nicht durchgehend in Vollzeit gearbeitet werden konnte. Sei es wegen Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege, Bildung oder aus anderen Gründen. Dabei gilt für uns ein doppeltes Leistungsziel: Die Rente muss lohnbezogen den erreichten Wohlstand sichern, also bei höherem Lohn auch höher sein und sie muss über dem Existenzminimum liegen, auch wenn der Lohn niedrig war oder es viele Lücken gab.

Das Rentenniveau darf nicht nur stabilisiert, sondern muss auch wieder angehoben werden. Wir sagen auf mindestens 50 Prozent. Und die Grundrente muss deutlich verbessert und auf die aufwendige Einkommensanrechnung verzichtet werden. Aktuell bekommen 1,1 Millionen Rentner*Innen einen Grundrentenzuschlag vom durchschnittlich gerade mal 86 Euro.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir lehnen ein höheres Rentenalter strikt ab. Viel zu viele Beschäftigte schaffen es nicht bis 65, geschweige denn bis 67. Ein höheres Rentenalter ist eine massive Rentenkürzung, von der die Unternehmen maximal profitieren. Viele Kolleg*Innen bleiben dabei aber auf der Strecke.

Und viele Kinder leider auch. Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Das ist in einem reichen Land wie Deutschland ein Skandal. Nicht mitspielen zu können, außen vor zu bleiben, für die Schulaufgaben kein Tablet zu haben – Kinderarmut ist bitter und folgeschwer. Kinderarmut bedeutet nicht nur Mangel und Ausgrenzung im Hier und Jetzt – Armut raubt den Kindern auch Zukunfts- und Entwicklungschancen!

Deshalb muss die Ampel-Koalition Wort halten und die im Koalitionsvertrag versprochene Kindergrundsicherung auf den Weg bringen. Die Leistungen müssen einfach und unbürokratisch zu bekommen sein und – anders als heute – auch tatsächlich bei den Familien ankommen. Und die Kindergrundsicherung muss höher ausfallen, als die derzeitigen Regelsätze für Kinder. Die darin beispielsweise vorgesehenen 4,50 Euro für Essen und Trinken pro Tag oder die 2,80 Euro im Monat für Kinderbücher reichen vorne und hinten nicht und sind schlicht armselig.

Mit einer gut gemachten Kindergrundsicherung können wir endlich die Kinderarmut überwinden. Ja, das kostet Geld. Geld, das gut in die Zukunft unserer Kinder investiert ist. Nichts schafft so viele Folgeprobleme und ist so teuer, wie Kinderarmut weiter zuzulassen!

Kolleginnen und Kollegen,

der russische Präsident Putin hat am 24.2.2022 einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen.

Die Bilder von Zerstörung und den Verbrechen, von Vertreibung und Flucht sind kaum zu ertragen.

Millionen Menschen erleben aufgrund dieses Krieges unerträgliches Leid. Sie sind auf der Flucht, verletzt oder müssen den Tod ihrer Lieben beklagen.

Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt diesen völkerrechtswidrigen Krieg, der gezielt auch gegen die Zivilbevölkerung geführt wird. Auch befreundete Gewerkschafter sind massiv betroffen.

Im April 2022 wurden in Belarus führende Vertreter*Innen der unabhängigen Gewerkschaften festgenommen.

Ihnen drohen nun langjährige Gefängnisstrafen, den unabhängigen Gewerkschaften sogar die Zerschlagung.

So hat der KGB am 19. April 2022, 14 führende Gewerkschafter der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus verhaftet, darunter den Vorsitzenden des Dachverbandes der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP), Aliksandr Yarushuk, der auch Vize-Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) ist oder auch Yanina Malash, eine Aktivistin der Freien Gewerkschaft für Metallarbeitende. Wir fordern die Regierung von Belarus auf:

Achten Sie die Verträge über die Zulassung freier Gewerkschaften, die Sie selbst unterschrieben haben. Lassen Sie unsere Kollegen*Innen unverzüglich frei!

Freie Gewerkschaften zu verbieten und Menschen, die sich dafür einsetzen einsperren, sind nicht Ausdruck von Freiheit, sondern sind Ausdruck von Faschismus!

Zugleich stehen wir aber auch an der Seite aller Russinnen und Russen, die für ein demokratisches und friedliches Russland eintreten! Denn: Nicht die russische Bevölkerung und nicht die russische Kultur, sondern die kriegstreiberische Politik Putins, lehnen wir ab.

Er redet von Patriotismus, aber plündert das eigene Land und lässt wohlgesonnene Oligarchen Milliarden auf ihren ausländischen Konten ansammeln.

Er redet vom Brudervolk der Ukraine, aber lässt die ukrainische Bevölkerung vergewaltigen, verschleppen, foltern und töten!

Die territoriale Integrität der Ukraine muss wiederhergestellt und gesichert werden und die Kampfhandlungen müssen durch einen sofortigen Waffenstillstand und vollständigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine beendet werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die europäische aber auch die geopolitische Friedensordnung und die nationale Integrität der Staaten werden von Putin nicht nur infrage gestellt, sondern sollen mit Gewalt beseitigt und nach seinen Vorstellungen gestaltet werden.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine bricht Putin das Völkerrecht, das ist klar. Aber nicht nur das. Seine Armee hat einen menschenverachtenden Zerstörungsauftrag. Die Bilder, die uns erreichen, zeigen unvorstellbare Kriegsverbrechen. Hinrichtungen willkürliche Folterung, Vergewaltigungen und Tötungen von Menschen, die nichts anderes getan haben, als in ihrem Land in ihrer Stadt zu leben. Begangene Kriegsverbrechen müssen untersucht und aufgeklärt werden.

Auch wenn man nicht hinschauen mag, aber in den sozialen Medien sind neben den abscheulichen Verbrechen eben auch die Täter sichtbar. Fotos und Filme dokumentieren in nie dagewesener Deutlichkeit, die ganzen Grausamkeiten und helfen, die Täter zu identifizieren. Und so wird es nicht lange dauern, bis man die Schuldigen identifizieren kann. Alle Opfer haben ein Gesicht, alle Täter aber auch.

Die Kriegsverbrecher müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Verantwortung gezogen werden. Niemand darf davonkommen.

Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall ist und war immer wichtiger und fester Bestandteil der Friedensbewegung. Und das wird auch immer so bleiben!

Und deshalb diskutieren wir leidenschaftlich über den Sinn von Waffenlieferungen, über unsere Haltung dazu, auch über unsere militärische Verteidigungsfähigkeit und über den besten Weg diesen Krieg zu beenden!

Und in diesem Zusammenhang sage ich auch eines: Eine Demokratie muss wehrhaft sein, sonst wird sie Opfer von Kriegstreibern und Despoten, für die unsere Freiheit eine Bedrohung ihres Regimes der Unterdrückung darstellt.

Aber es sind jetzt auch alle diplomatischen und politischen Bemühungen gefordert, den Krieg zu beenden. Waffen ohne Ende werden keinen Frieden schaffen können.

Denn was wir alle wollen ist doch eines: Frieden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurzeit kämpfen viele Belegschaften um ihre Existenz. Ihre profitablen Standorte sollen aus strategischen Erwägungen geschlossen werden. Über viele Jahrzehnte haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit den Konzernen satte Gewinne ermöglicht. Jetzt soll das woanders stattfinden. Es trifft wahre Urgesteine der Industriegeschichte der Region Bonn-Rhein-Sieg. So sollen bei Boge in Bonn, Danfoss in Lohmar und bei ZF in Eitorf das Licht ausgehen.

Hier zeigt sich ganz unverhohlen die hässliche Fratze des Kapitalismus. Denn in allen drei Fällen trifft es keine Minus-Buden.

Nein, man macht rentable Betriebe dicht und jagt hunderte Beschäftigte vom Hof. Damit werden dann die Konzernbilanzen noch strahlender aufpoliert.

Das ist skrupellose und rücksichtslose Unternehmenspolitik. Menschen werden zu reinen Kostenfaktoren degradiert. Sie werden erbarmungslos zum Spielball von Profitinteressen gemacht!

Meine und unsere ungebrochene Solidarität gehört den Beschäftigten von Danfoss, ZF und Boge. Wir lassen Euch nicht alleine und werden bis zuletzt mit Euch kämpfen!

Lasst uns nicht resignieren, lasst uns gemeinsam unsere Gewerkschaften im Betrieb stärker machen. **Lasst uns weiter für gute Arbeit, Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit kämpfen.** Lasst uns auch in schweren Zeiten zusammenstehen.

Ungebrochen und solidarisch.

Glück auf!